


# Somalia: Innenpolitik

05.03.2019 - Artikel 

## Clanstrukturen

Eine Besonderheit der Politik und Geschichte Somalias liegt in der Bedeutung der Clans. Clans sind auf gemeinsame Herkunft zurückgehende Großfamilienverbände mit einer bis zu siebenstelligen Zahl von Angehörigen. Die Kenntnis der Clanstrukturen und ihrer Bedeutung für die somalische Gesellschaft ist ein wichtiger Schlüssel zum Verständnis der politischen und historischen Entwicklungen in Somalia.

Die übergeordneten Clans in Somalia sind die Hawiye, Darod, Issaq, Dir und der Clanverbund der Digil-Mirifle bzw. Rahanweyn. Aufgrund des jahrzehntelangen Bürgerkriegs ist es nicht möglich, die genauen Zahlenverhältnisse der einzelnen Clans anzugeben. Hawiye, Darod, Issaq und Digil-Mirifle stellen wohl je 20 bis 25 Prozent der Gesamtbevölkerung, die Dir deutlich weniger. Über 95 Prozent aller Somalier fühlen sich einem Sub-Clan zugehörig, der genealogisch zu einem der Clans gehört. Auch diese Sub-Clans teilen sich wiederum in Untereinheiten auf. Die Zugehörigkeit zu einem Clan bzw. Sub-Clan ist ein wichtiges Identifikationsmerkmal und bestimmt, welche Position eine Person oder Gruppe im politischen Diskurs oder auch in bewaffneten Auseinandersetzungen einnimmt.

Das Hauptsiedlungsgebiet der Darod liegt im Nordosten (Puntland) und im Süden (Jubaland) Somalias. Die Hawiye leben hauptsächlich in Zentralsomalia (Galmudug) und Mogadischu, die Issaq im Nordwesten des Landes („Somaliland“). Die Dir leben vor allem im Nordwesten Somalias an der Grenze zu Djibouti („Somaliland“) und im Süden des Landes (Jubaland). Die Digil und Mirifle/Rahanweyn leben als Ackerbauern vor allem im fruchtbaren Südwesten Somalias (Südweststaat), Zentrum dieser Clans ist die Stadt Baidoa.

## Politische Entwicklung

Der Alltag der Menschen vor allem im Süden und in der Mitte Somalias bleibt von bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und den sie unterstützenden internationalen Kräften (AMISOM) einerseits und der radikalislamistischen Terrorgruppe al-Shabaab andererseits geprägt. Mit Waffengewalt ausgetragene Streitigkeiten zwischen rivalisierenden Clans oder Sub-Clans kommen hinzu. In den Regionen Puntland und „Somaliland“ ist die Lage insgesamt stabiler. In den zwischen Puntland und „Somaliland“ umstrittenen Grenzregionen (Regionen Sool und Sanaag sowie im östlichen Teil der Region Togdheer) kam es in jüngerer Zeit

wieder verstärkt zu bewaffneten Auseinandersetzungen, insbesondere um den umstrittenen Ort Tukaraq. Spannungen und gelegentliche bewaffnete Zusammenstöße gibt es auch in der Stadt Galkayo an der Südgrenze Puntlands mit Galmudug, die Lage hat sich aber seit der Durchführung gemeinsamer Polizeipatrouillen stark verbessert.

Seit 2012 gibt es eine politische Entwicklung, die den Beginn einer Befriedung und Stabilisierung sowie eines Wiederaufbaus staatlicher Strukturen markiert. Am 1. August 2012 wurde in Mogadischu eine vorläufige Verfassung angenommen. Seitdem ist die Staatsbildung kontinuierlich vorangeschritten. Das im Dezember 2016 gewählte Parlament stellt dabei auch einen demokratischen Fortschritt gegenüber dem 2012 gewählten Parlament dar. Während 2012 135 Clanälteste die Zusammensetzung bestimmten, waren es 2016 über 14.000 Wähler. Allgemeine freie Wahlen bleiben das Ziel für 2020/21. Im Februar 2017 wählte das neue Zweikammerparlament Mohamed Abdullahi Mohamed, gen. „Farmajo“, zum Präsidenten, und im März bestätigte es Hassan Ali Khaire als Premierminister und das neue Kabinett. Die Regierung von Präsident Farmajo verfolgt eine intensive Reformagenda in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Sicherheit. Allerdings stehen mächtige Teile der Clan-Eliten der Regierung und ihrem Reformkurs kritisch gegenüber. Hinzu kommen immer wieder Spannungen in den Beziehungen Mogadischus zu den föderalen Gliedstaaten, die den politischen und wirtschaftlichen Fortschritt des Landes lähmen.

Während im Norden bereits die Gliedstaaten „Somaliland“ und Puntland etabliert waren, begann mit dem international vermittelten Abkommen von Addis Abeba von Ende August 2013 der Prozess der Gliedstaatsgründung im weiteren Somalia, der nach der Gründung der Gliedstaaten Jubaland, Südweststaat, Galmudug und 2016 Hirshabelle seinen weitgehenden Abschluss fand. Offen ist weiterhin der endgültige Status der Hauptstadtregion Banadir. Auch wichtige Detailfragen zur föderalen Staatsordnung Somalias – etwa der Einnahmenverteilung zwischen dem Zentralstaat und den Gliedstaaten, den jeweiligen Zuständigkeiten im Sicherheitsbereich, oder die Umsetzung des Modells für die 2020 geplanten Wahlen – bedürfen weiterhin der Klärung. Wichtiges Forum zur Diskussion dieser politischen Fragen ist der regelmäßig durch den Präsidenten einberufene Nationale Sicherheitsrat, an dem auch der Premierminister und die Präsidenten der Gliedstaaten teilnehmen. In diesem Rahmen wurde unter anderem eine enge Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen sowie eine stärkere Beteiligung der Gliedstaaten an sie betreffenden Gesetzgebungsverfahren sowie im Verfassungsreformprozess vereinbart. Parallel dazu existiert seit 2017 auch ein „Kooperationsrat“ der Gliedstaaten, welcher unter Ausschluss der somalischen Bundesregierung operiert. Nach erfolgten Wahlen in Südwest im Dezember 2018 und in Puntland im Januar 2019, stehen in Jubaland im August 2019 Wahlen des Regionalpräsidenten an.

## **Sonderfall „Somaliland“**

Das Verhältnis zwischen dem im Nordwesten gelegenen „Somaliland“, das sich 1991 für unabhängig erklärt hat, und dem Rest des Landes ist problematisch. Der in „Somaliland“ etablierten de facto-Regierung ist es gelungen, ein für die Region durchaus bemerkenswertes Maß an Stabilität und Ordnung herzustellen - selbst wenn es an der Grenze zu Puntland immer wieder kleinere Scharmützel mit dort beheimateten Milizen und in letzter Zeit demokratische Rückschritte festzustellen gibt. Am 13. November 2017 erfolgten nach zweijähriger Verzögerung Präsidentschaftswahlen, die von Beobachtern als weitgehend frei und fair eingeschätzt wurden. Für Ende 2019 sind außerdem – zum ersten Mal seit 2005 – Parlamentswahlen geplant.

„Somaliland“ hat trotz eines entsprechenden Antrags bei der Afrikanischen Union die angestrebte Anerkennung als unabhängiger Staat nicht erreichen können. Von einer Aussöhnung mit der Regierung in Mogadischu im Kontext einer friedlichen und definitiven Lösung der Statusfrage sind beide Seiten noch weit entfernt. Bei dem von der Türkei unterstützten „Istanbuler Dialog“ konnten atmosphärische Fortschritte zwischen den beiden Verhandlungsteams aus Hargeisa und Mogadischu erreicht werden. Der nach den letzten Präsidentschaftswahlen in 2017 erhoffte neue Dialog zum Status von „Somaliland“ liegt derzeit wieder auf Eis nicht zuletzt im Zuge einer Vereinbarung „Somalilands“ mit den Vereinigten Arabischen Emiraten und Äthiopien über den Ausbau des Hafens von Berbera, die zu erheblichen Spannungen mit der somalischen Bundesregierung in Mogadischu führte.

## **Sonderfall Puntland**

Mit internationaler Unterstützung konstituierte sich 1998 der Puntland State of Somalia, der das engere Horn von Afrika im Nordosten Somalias umfasst. Puntland regelt seine inneren Angelegenheiten weitgehend autonom, strebt aber keine Unabhängigkeit von Mogadischu an und hat den Status eines föderalen Gliedstaats inne (wie auch die anderen föderalen Gliedstaaten Jubbaland, Südwest, Galmudug und Hirshabelle).

Wie in „Somaliland“ hat al-Schabaab hier keine größeren Gebiete dauerhaft unter seine Kontrolle bringen können. Die Sicherheitskräfte gingen zudem auch gegen Piratengruppen vor. Im Januar 2019 gab es zum vierten Mal seit 1998 einen friedlichen Machtwechsel an der Spitze von Puntland: Das von Clan-Ältesten ernannte Parlament wählte Said Abdullahi „Deni“, einen ehemaligen Planungsminister in Mogadischu, zum Nachfolger von Abdiweli „Gas“.

### ***Hinweis:***

*Dieser Text stellt eine Basisinformation dar. Er wird regelmäßig aktualisiert. Eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben kann nicht übernommen werden.*

